Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 11. | Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6241. | Hannover Sonnabend, 31. Mai 1902. | Geschäftsinserate pro 3gespalt. Zeile oder deren Raum 25 Pf., für Zahlstellen 15 Pf. Offerten-Annahme 10 Pf. Redaktion: Schillerstr. 5. Verlag: Nikolaistr. 46. | 11. Jahrg.

Der Zuckerkrach.

Die Gewinnung von Zucker geschah bis zu Beginn des 18. Jahrhunderts aus dem Zuckerrohr, einer indischen Pflanze, die mit den Kreuzzügen von Asien nach Cypern, später, nach der Entdeckung Amerikas, nach Westindien kam. Dort in den heißen, feuchten Gebieten der spanischen Kolonien wurden bereits Ende des 16. Jahrhunderts große Zuckerplantagen angelegt, der „Kolonialzucker" wurde ein wichtiges Handelsprodukt Englands. Als nun Napoleon, um England zu entkräften, die Kontinentalsperre verhängte, die von 1806—12 Englands Flotte, und dadurch den Kolonialzucker vom Kontinent (Festland) Europas fernhielt, erinnerte man sich, daß schon 1747 ein Apotheker Marggraf in Berlin aus der Runkelrübe Krystalle von Zucker gewonnen hatte. Marggraf's Schüler, Agard, gründete die erste Zuckerfabrik, die aus Rüben Zucker herstellte, und zwar in Preußen; ihr folgten bald mehrere, doch gingen sie bald wieder ein, als die Kontinentalsperre aufgehoben wurde: der Kolonialzucker war wohlschmeckender und billiger. Nur einzelne Fabriken blieben bestehen und zwar dadurch, daß ihnen der Staat Prämien, Zuschüsse, gewährte.

So ist die deutsche Rübenzuckerindustrie durch Hilfe von Prämien zur Welt gekommen — und die kapitalistische Entwickelung bringt es nun zu Wege, daß sie durch die Prämien von ihrer stolzen Höhe herabstürzt. Im Jahre 1836 betrug die Zuckerproduktion in Deutschland nur 14 080 Doppelzentner, im Jahre 1850 bereits 540 000, 1864: 2 Millionen Doppelzentner, gegenwärtig 17 Millionen Doppelzentner! Diese Steigerung war zunächst dadurch verursacht, daß es gelang, das aus der Rübe gewonnene Produkt so zu reinigen, daß es jeden üblen Nebengeschmack verlor; unsere heute im Handel befindliche Raffinade (gereinigter Zucker) ist fast chemisch rein. Ferner wurde durch sorgfältige Kultur und Auswahl der Saat die Rübe immer zuckerreicher; aus der gewöhnlichen Runkelrübe, die etwa 6 Prozent Zucker besaß, wurde eine neue Art, die Zuckerrübe, die bis 13 Prozent Zucker enthält, gezogen. Aber nicht allein die Vervollkommnung der Technik war es, durch die die Zuckerindustrie emporblühte, sondern vor Allem die Vervollkommnung der Staatsprämien, die den Zuckerfabrikanten auf Kosten der Steuergroschen der Gesammtheit Zuschüsse gewährten. Gleichzeitig benutzte aber der Staat die Zuckerindustrie, um für seine Staatskasse Einnahmen zu erzielen; die Zuckersteuer, die 1841 5 Silbergroschen auf den Zentner Zucker betrug, belastet diesen gegenwärtig mit 10 Mark, also das Zwanzigfache, und bringt der Staatskasse 120 Millionen Mark!

Die Prämien bestanden darin, daß für den zur Ausfuhr gelangenden Zucker eine Vergütung gewährt wurde, anfänglich indirekt, indem man mehr Steuer zurückzahlte, als bei der Herstellung des Zuckers seitens der Fabrik geleistet war, später (seit 1892) direkt, indem der Staat aus den Einnahmen der Zuckersteuer diese Prämien entnimmt. Die indirekte Prämie beruhte darauf, daß die für den Zucker nothwendige Rübenmenge sehr hoch angenommen wurde, z. B. bis 1886 12½ Kilogramm Rüben für 1 Kilogramm Zucker. Das gab selbstverständlich einen Anreiz, recht zuckerreiche Rüben zu bauen und ihren Zuckergehalt möglichst auszunützen. Die Folge davon war, daß 1886 nicht 12½ Kilogramm, sondern nur noch 8,8 Kilogramm Rüben für 1 Kilogramm Zucker erforderlich waren; jetzt sind sogar nur noch 7½ Kilogramm erforderlich! Die Steuer wurde aber zurückvergütet, als ob 12½ Kilogramm Rüben verbraucht worden wären, und dieses ergab eine indirekte Prämie von 6—7 Mark. Jetzt schritt der Staat ein, denn die Rückvergütung drohte ihm den Ertrag der gesammten Zuckersteuer fortzunehmen. 1887/88 betrug die Einnahme an Zuckersteuer 120 Millionen Mk., die Rückvergütung 105½ Millionen Mk., so daß von den vielen Millionen dem Staate nur 14½ Millionen in der Kasse blieben! Deshalb wurde 1886 die Rückvergütung etwas ermäßigt, so daß die indirekte Prämie sank und zwar von 7 Mk. 20 Pf. pro Doppelzentner Raffinade (1885/86) auf 3 Mk. 61 Pfg. (1891/92). Immerhin war die Prämie noch so groß, daß die Zuckerfabriken und ihre Dividenden sich immer mehr vergrößerten und große Landstriche zum Rübenbau übergingen. Das Inland konnte aber die enormen Produktionsmengen nicht verbrauchen, schon deshalb nicht, weil der Zucker durch die hohe Steuer und Prämie zu theuer wurde; deshalb schafften die Zuckerindustriellen ihr Produkt nach dem Auslande, dem sie dasselbe um den Betrag der Prämie billiger verkauften, als dies im Inlande der Fall war, wo außerdem noch die Steuer hinzukam. Dies trägt mit dazu bei, daß England 83 Pfund Zucker pro Kopf jährlich verbraucht, Deutschland nur 30 Pfund!

Die Folge der Prämienwirthschaft war, daß Oesterreich und Frankreich, später auch Rußland in derselben Weise durch Prämien auf Kosten der Gesammtheit die Zuckerindustriellen unterstützten, und nun begann ein wilder Kampf um den Weltmarkt, den jedes Land mit Hilfe der Prämien erobern wollte, da diese ihm ja ermöglichten, die Waare zu verbilligen. Graf Caprivi war vorsichtig genug, zu erkennen, daß dieses Wettrennen um die höchsten Prämien zum allgemeinen Bankerott führen müsse. Deshalb legte er 1892 dem Reichstage ein Zuckersteuergesetz vor, das die indirekten Prämien beseitigte und dafür direkte einführte, die bedeutend niedriger waren (2,50 Mk.) und stetig sinken, 1895 aber ganz aufhören sollten.

Aber es kam anders! Caprivi wurde gestürzt und Hohenlohe ließ sich von den Zuckerindustriellen wieder für den Fortbestand der Prämien einfangen. Die Ausfuhrprämie wurde auf 2,50 Mk. erhöht — die Zuckersteuer von 18 auf 20 Mk.! Gleichzeitig wurde ein Zoll auf ausländischen Zucker in Höhe von 40 Mk. eingeführt, der also um 20 Mk. höher war als die Inlandssteuer. Dieser Ueberzoll machte jede Einfuhr unmöglich und gestattete den Zuckerindustriellen, sich den Inlandsmarkt vollständig zu unterwerfen. Sie bildeten einen Ring, wobei ihnen das Zuckersteuergesetz noch insofern zu Hilfe kam, als es eine bestimmte Grenze für die Zuckerproduktion setzte, diese „kontingentirte". Was über das Kontingent fabrizirt wurde, unterlag und unterliegt einer besonderen erhöhten Steuer. Dadurch bekam der Ring eine Monopolstellung und diese nutzte er weidlich aus. Er vertheuerte den Zucker um 8 bis 9 Pfennige pro Pfund! Die Selbstkosten pro Zentner Rohzucker (d. i. unraffinirter Zucker) betragen 8,50 Mk., dazu kommen 10 Mk. Steuer, 2,50 Mk. Prämie und acht bis neun Mark Preisaufschlag des Kartells, so daß der deutsche Käufer 29—30 Mk. zahlen muß (für Raffinade 32 Mk.), während derselbe Zucker nach dem Auslande mit 6,50 Mk. pro Zentner ab Freihafen Hamburg verkauft wird, also scheinbar unter dem Selbstkostenpreis, der 8,50 Mk. beträgt, in Wirklichkeit mit 50 Pfennigen Nutzen, da ja auf den Zentner 2,50 Mk. Ausfuhrprämie gewährt werden.

Dieser Auswucherung der deutschen Zuckerkonsumenten wird nun jetzt ein Ende gemacht, nicht, weil die herrschende Klasse einsieht, daß diese kapitalistische Handlungsweise ein Unrecht ist, sondern weil sich die ausländischen Kapitalisten dagegen auflehnen und in der Lage sind, die deutschen Kapitalisten zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Amerika hat nämlich durch die Angliederung Kubas das lebhafteste Interesse bekommen, dem westindischen Kolonialzucker den Markt wenigstens in Amerika zu sichern, ebenso wie England seine indischen Kolonien schützen will. Deshalb hat Amerika schon seit längerer Zeit einen Strafzoll auf allen mit Prämien begünstigten eingeführten Zucker gelegt, also die vom deutschen Steuerzahler genommene Prämie geschluckt, und England droht mit gleichen Maßnahmen. Dies ist der Grund, der die zuckerproduzirenden Staaten veranlaßte, sich zu einer Konvention zu vereinigen, die nach jahrelangen Bemühungen nun endlich in Brüssel zu Stande kam und jetzt dem deutschen Reichstage wie den Parlamenten der anderen betheiligten Staaten (Oesterreich-Ungarn, Belgien, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Schweden und Norwegen) zur Genehmigung vorliegt. Diese Brüsseler Konvention vom 5. März 1902 besagt, daß die oben erwähnten Regierungen „von dem Wunsche geleitet sind, einerseits die Bedingungen für den Wettbewerb zwischen dem Rübenzucker und dem Rohrzucker der einzelnen Länder auszugleichen und andererseits die Ausdehnung des Zuckerverbrauchs zu fördern. In der Erwägung, daß diese beiden Ziele nur durch Abschaffung der Prämien und durch Begrenzung des Ueberzolles zu erreichen sind, schließen sie zu diesem Zwecke einen Vertrag, durch den die für die Erzeugung oder die Ausfuhr von Zucker gewährten direkten oder indirekten Prämien aufgehoben werden. Der Ueberzoll, das heißt der Unterschied zwischen dem Betrage der Zölle oder Steuern, denen der ausländische Zucker unterliegt, und dem der Zölle oder Steuern, die von dem einheimischen Zucker zu entrichten sind, darf auf höchstens 6 Franken (4,80 Mk.) für 100 Kilogramm bei raffinirtem Zucker bemessen werden." Der Vertrag soll mit dem 1. September 1903 in Kraft treten und fünf Jahre gelten; falls derselbe nicht ein Jahr vor Ablauf gekündigt wird, bleibt er von Jahr zu Jahr in Kraft.

Entsprechend diesem Vertrage muß nun das deutsche Zuckersteuergesetz abgeändert werden und zwar schlägt die Regierung vor, die Kontingentirung und Prämiirung zu beseitigen und die Zuckersteuer von 20 Mk. auf 16 Mk. herabzusetzen. Der Reichstag hat diesen Vorschlag einer Kommission überwiesen.

Vom ostelbischen Sklavenmarkt.

Aus Posen wird der „Berliner Volkszeitung" unterm 13. Mai zur Kennzeichnung ostelbischer Zustände geschrieben:

Verschiedene hier bestehende Vermiethungsgeschäfte haben gedruckte Miethskontrakte, welche die zu Miethenden unterschreiben müssen. Diese Kontrakte haben folgenden Wortlaut:

Im Auftrage d . . . . . auf . . . . . miethe ich d . . . . . und zwar auf ein volles Jahr, vom . . . . . 1 . . . bis . . . . . 1 . . . bei einem Jahreslohn von . . . . Mark, in Worten . . . . . Mark, zahlbar ratenweise, nach Verlauf des I. Quartals . . . Mark, des II. Quartals . . . Mark, III. Quartals . . . Mark und den Rest mit . . . Mark am Schlusse des Jahres.

D . . p . . . . . erklärt in Anwesenheit der Zeugen, ledig, dienstfrei, völlig gesund, sämmtlichen landwirthschaftlichen Hand- und Gespann-Arbeiten gewachsen, der deutschen Sprache genügend mächtig . . . . . zu sein, auch im angenommenen Dienst ein volles Jahr zu verbleiben, sich solid und fleißig zu betragen. Zuwiderhandlungen werden mit einer Geldstrafe von . . . Mark oder sofortiger Entlassung bestraft. Im letzten Falle ist der Brotherr berechtigt, sobald der Dienstbote eine Kaution in Höhe von . . . Mark nicht hinterlegt, sich an den Sachen desselben schadlos zu halten. Die zu hinterlegende Kaution wird in vierteljährlichen Raten laut obenvermerkter Zahlung in Abzug gebracht und am Schlusse des Jahres ausgezahlt, sobald der Dienstbote seine Arbeiten zur Zufriedenheit seines Dienstherrn verrichtet hat.

Im Falle einer Uebertretung der ortsüblichen Vorschriften u. s. w. unterwirft sich d . . p . . . . . der angemessenen Strafe des Brotherrn ohne jegliche gerichtliche Entscheidung.

Die in zwei gleichlautenden Exemplaren ausgestellten Kontraktsbedingungen habe ich nach Verlesen und Aufklärung in beiden Landessprachen wohl verstanden und erkläre mich damit vollständig einverstanden, was ich durch eigenhändige Unterschrift bestätige.

Posen, den . . . . . 1 . . .

(Unterschrift des Zeugen.)

Also die landwirthschaftlichen Arbeiter haben sich „solid und fleißig zu betragen". Thun sie das nach Ansicht des Arbeitgebers nicht — und wenn dieser will, kann er unerfüllbare Anforderungen stellen — so hat er sich das Recht ausbedungen, Geldstrafen zu verfügen oder die Leute, die nicht „fleißig" genug sind, zum Tempel sofort hinauszujagen. Hat der Arbeitnehmer keine Kaution hinterlegt, so werden ihm die Sachen einbehalten. Damit aber eine Kautionssumme zusammengebracht wird, wird, wird diese ratenweise vom Lohn abgezogen und erst herausgegeben, „sobald der Dienstbote seine Arbeiten zur Zufriedenheit seines Dienstherrn verrichtet hat". Nun kommt aber das Tollste: Der Arbeitnehmer hat sich im Falle einer Uebertretung der angemessenen Strafe des Brotherrn ohne jegliche gerichtliche Entscheidung zu unterwerfen! Mit anderen Worten: Der Arbeitnehmer ist vollkommen der Willkür des Arbeitgebers ausgeliefert, er steht außerhalb des Gesetzes. Bei dem Bestehen solcher Sklavenkontrakte wird man wohl verstehen, weshalb die landwirthschaftlichen Arbeiter, sobald es irgend angeht, aus Ostelbien flüchtig werden und den Industriezentren zuströmen. Dann aber ertönen die lauten Klagen der Agrarier über die „Leutenoth auf dem Lande" . . . .

Es unterliegt für uns keinem Zweifel, daß Kontrakte dieser Art nach § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches ungiltig sind, weil sie gegen die guten Sitten verstoßen. Das Schlimme ist, daß die Sklaven, die einen derartigen Kontrakt unterschreiben, von seiner Tragweite zumeist keine Ahnung haben; noch weniger aber wissen sie, daß sie in dem Bürgerlichen Gesetzbuche einen Schutz dagegen finden, wenn die barbarischen und unsittlichen Bestimmungen des Kontraktes gegen sie ausgebeutet werden. Auf die Unkenntniß des Gesetzes seitens der Arbeitnehmer rechnen aller-

dings die Arbeitgeber, die sich solcher Kontrakte bedienen, wodurch der Verstoß gegen die guten Sitten, gegen Treu und Glauben nur noch ärger wird.

Es sind menschenunwürdige Zustände, auf die man in Ostelbien vielfach stößt. Die Arbeiter aber, die sich der über sie geschwungenen Geißel durch die Landflucht entziehen, gehören jedenfalls zu den besseren Elementen des Ostens, denn sie zeigen ein größeres Ehrgefühl als ihre Ausbeuter.

Ueber die Entvölkerung des Ostens mögen in Zukunft Diejenigen pharisäisch klagen, die keinen Finger rühren, die ostelbischen Arbeiter aus ihrer unwürdigen Lage zu befreien!

Anträge zum Vierten Deutschen Gewerkschaftskongreß.

Zur Tagesordnung.

Vorstände der Verbände der Graveure, Bauarbeiter, Böttcher, Formstecher, Handschuhmacher, Maschinisten, Schmiede und Vergolder: Als Punkt 5 ist auf die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses zu setzen: „Die Stellung der Berufsorganisation zu den Industrieverbänden."

Gewerkschaftskartell Duisburg: Als besonderen Punkt auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen: „Das System der privaten Pensionskassen auf den industriellen Werken." (Als Referenten hierfür zu bestimmen Genossen Hué oder Düwell-Essen.)

Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle München): Punkt 2, das „Reichsarbeitersekretariat", ist unter Punkt 5 der Tagesordnung zu behandeln.

Punkt 2 der Tagesordnung.

a) Agitation (allgemeine).

Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter: Aus den Mitteln der Generalkommission ist, auf gleicher Grundlage wie in Beuthen, ein Arbeitersekretariat in Saarbrücken zu errichten.

Vorstand des Verbandes der Lithographen und Steindrucker: Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird beauftragt, die Einrichtung periodischer Unterrichtskurse über die Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung in verschiedenen Orten Deutschlands ernstlich erwägen und eventuell zur Ausführung bringen zu wollen.

H. Rohrlack (Metallarbeiter) Stettin: Der Kongreß empfiehlt den Gewerkschaften, für jede Provinz (resp. für bestimmte Landesteile) Provinzial-Agitations-Kommissionen, bestehend aus den Agitationsleitern aller Gewerkschaften, zu bilden. Denselben fällt die Aufgabe zu, sich gegenseitig in der Provinzial-Agitation zu unterstützen durch Austausch von Adressen, Material für Flugblätter, statistische Fragebogen, durch Anknüpfung von Verbindungen, Erledigung von Aufträgen, Anweisungen für die Thätigkeit der Gewerkschaftskartelle u. s. w.

b) Agitation unter den Arbeiterinnen.

Vorstand des Verbandes der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter: Da es erwiesen ist, daß zur Gewinnung von Arbeiterinnen für die Organisation Frauen am besten und erfolgreichsten agitiren, beschließt der Kongreß, daß die Generalkommission eine Agitationskommission, bestehend aus Frauen, zu ernennen hat, die dann die Pflicht hat, in allen Bezirken und an allen Orten Deutschlands, wo die Arbeiterinnen in der Industrie beschäftigt sind, die Agitation unter diesen zu betreiben, um sie den Organisationen zuzuführen. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, dieser Kommission durch Ueberweisung von Material helfend zur Seite zu stehen und ist die Generalkommission verpflichtet, auch die Unkosten für Versammlungen ꝛc. zu tragen, wenn die Gewerkschaften dazu nicht im Stande sind. Die der Agitations-Kommission entstehenden Kosten für Drucksachen, Porti, Sitzungen ꝛc. trägt die Generalkommission, und ist diese jederzeit berechtigt, den Sitzungen der Kommission beizuwohnen und können Agitationstouren, für welche die Gewerkschaften die Kosten nicht übernehmen können, nur mit Zustimmung der Generalkommission unternommen werden. Die Kommission ist verpflichtet, halbjährlich im „Correspondenzblatt" Bericht zu erstatten.

c) Streikunterstützung und Streikstatistik.

Gewerkschaftskartell für den Plauenschen Grund: Der Kongreß wolle beschließen, eine Reorganisation des Streikwesens vorzunehmen, damit dasselbe einheitlich wird.

H. Rohrlack (Metallarbeiter) Stettin: Der Kongreß wolle beschließen: Um stets eine Uebersicht über die im Gange befindlichen Streiks und Aussperrungen zu haben, ist im „Corr.-Bl." außer den Streiknachrichten eine tabellarische Wochenübersicht sämmtlicher Streiks und Aussperrungen nach den Berichten der Partei- und Gewerkschaftspresse zusammengestellt zu geben, etwa in der nachstehend angedeuteten Form:

In der Woche vom ... bis ... waren nachstehende Streiks ꝛc. im Gange:

Datum des Beginns	Streik oder Aussperrung	Branche	Zahl der Betheiligten: Arbeiter	Zahl der Betheiligten: Betriebe	Forderungen

d) Reichs-Arbeitersekretariat.

Generalkommission: Der Kongreß beschließt: „Die Generalkommission hat in Berlin ein Reichs-Arbeitersekretariat zu errichten, welches die Anfrage, die von Mitgliedern der Gewerkschaften bei dem Reichsversicherungsamt anhängig gemacht werden, zu bearbeiten und für mündliche Vertretung der Anfrage in der Verhandlung vor dem Reichsversicherungsamt zu sorgen.

Das Sekretariat unterliegt der Kontrole der Generalkommission.

Zur Deckung der durch die Errichtung des Reichs-Arbeitersekretariats entstehenden Ausgaben (bis zum nächsten Gewerkschaftskongreß den Betrag von 15 000 Mark pro Jahr nicht überschreiten dürfen) wird der von den Gewerkschaften an die Generalkommission zu zahlende Beitrag von 3 auf 4 Pf. pro Mitglied und Quartal erhöht."

e) „Correspondenzblatt"; „Oswiata"; „L'Operaio italiano".

H. Rohrlack (Metallarbeiter) Stettin: Der Kongreß wolle beschließen: Alle Gewerkschaftsblätter von Bedeutung, insbesondere solche von grundsätzlicher Bedeutung, das Vereins- und Versammlungsrecht, sowie die gesammte Versicherungsgesetzgebung betreffend, sind außer der Veröffentlichung im „Correspondenzblatt" in einer nach Bedarf monatlich oder in längeren Zwischenräumen erscheinenden besonderen Beilage, nach Berufsgenossenschaften geordnet, als „Sammlung von Gerichtsurtheilen" herauszugeben.

Diese Beilage ist den Empfängern des „Correspondenzblatt" gratis zu liefern.

Ferner sollen die wichtigsten der bisher veröffentlichten Entscheidungen, in derselben Form zusammengestellt, als Broschüre herausgegeben werden.

Gewerkschaftskartell Posen: Die Sitzung des Gewerkschaftskartells Posen vom 5. November 1901 hält das allwöchentliche Erscheinen der „Oswiata" im Interesse einer besseren und erfolgreicheren Agitation und als den Wünschen der polnischen Gewerkschaftsmitglieder entsprechend für unerläßlich.

* * *

Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle München): Zur Theilnahme an den Gewerkschaftskongressen sind als Delegirte nur Vertreter von Zentralverbänden berechtigt.

Punkt 3 der Tagesordnung.

Submissionswesen (Streikklausel).

Verband der Buchbinder (Zahlstelle Hamburg): Der Gewerkschaftskongreß ertheilt der Generalkommission den Auftrag, eine Eingabe an die deutschen Bundesregierungen zu richten, in welcher die Abstellung aller Mißstände des Submissionswesens von Seiten des Staates gesetzlich geregelt und insbesondere die Zuchthausarbeit im Interesse der deutschen Industrie auf die minimalste Grenze des freien Wettbewerbs eingeschränkt resp. verboten wird.

Punkt 8 der Tagesordnung.

Die Stellung der Gewerkschaftskartelle in der Gewerkschaftsorganisation.

Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Hamburg): Der Kongreß wolle beschließen: „1. Den örtlichen Gewerkschaftskartellen ist es nicht gestattet, in die einzelnen Zwecke der Zentralorganisationen einzugreifen, insbesondere nicht in das Bestreben, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, soweit diese durch Statut geregelt sind. 2. In besonderen Fällen (Aussperrung und Abwehrstreiks) kann die in Frage kommende örtliche Organisation sich an das Kartell um Unterstützung wenden; dasselbe muß darauf sofort Stellung dazu nehmen, ohne daß dem Kartell oder der Leitung desselben das Recht zusteht, an der Leitung der Bewegung theilzunehmen. 3. Die Sekretariate in den einzelnen Orten sind von den Kartellen insoweit zu trennen, daß es nicht von der Zugehörigkeit der einzelnen Gewerkschaft zum Kartell abhängig gemacht wird, dem Sekretariat anzugehören. Die Aufbringung der Mittel hat von den Gewerkschaften, die das Sekretariat in Anspruch nehmen, nach ihrer Mitgliederzahl zu geschehen."

Gewerkschaftskartell Crimmitschau und Gewerkschaftskartell für den Plauenschen Grund: Der Kongreß wolle beschließen: „Die Gewerkschaftskartelle sind nach Art der Zentralverbände zu zentralisiren und ist ihnen Sitz und Stimme auf den Gewerkschaftskongressen zu gewähren."

Verband der Tabakarbeiter (Verwaltungsstelle Erfurt): Den Gewerkschaftskartellen ist eine Vertretung auf dem Gewerkschaftskongreß zu gestatten.

Gewerkschaftskartell Liegnitz: Der Gewerkschaftskongreß wolle beschließen: Den Gewerkschaftskartellen ist auf den Kongressen durch ein näher zu bestimmendes Wahlverfahren Vertretung zu gewähren, da dieselben über die Zustände, namentlich in den zurückgebliebensten Distrikten, am besten Aufschluß geben können.

Gewerkschaftskartell für den Plauenschen Grund: Der Kongreß wolle die Befugnisse der örtlichen Gewerkschaftskartelle festsetzen.

Verband Deutscher Buchdrucker (Ortsverein Geestemünde-Bremerhaven-Lehe): Der Ortsverein ersucht den Gewerkschaftskongreß in Folge des Verhaltens des Gewerkschaftskartells Bremerhaven und Umgegend, welches sich auf den Standpunkt stellt, daß es Sache der einzelnen Kartelle sei, welche Organisationen in demselben vertreten sein können und welche nicht, folgenden Antrag seine Zustimmung zu geben:

„In den Gewerkschaftskartellen können nur Mitgliedschaften derjenigen Zentralorganisationen vertreten sein, welche von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands anerkannt sind."

C. Grimm (Buchbinder) Hamburg: Der Gewerkschaftskongreß wolle beschließen: An allen Orten, wo Gewerkschaftskartelle bestehen, freie Arbeitsämter mit Anschluß eines einheitlich organisirten Arbeitsnachweises sämmtlicher am Orte befindlichen Gewerkschaftsorganisationen zu errichten. Gleichzeitig fällt denselben die Aufgabe zu, alle Arbeiten, welche die am Orte befindlichen Kartelle zu lösen haben, zur Ausführung zu bringen. Die Verwaltung und Kontrole steht unter der Regie der Kartelle. Die Unterhaltungskosten dieser Institution tragen die Kartelle, welchen die Aufgabe obliegt, die erforderlichen Geldmittel prozentual von den am Orte befindlichen Organisationen zu erheben.

Punkt 9 der Tagesordnung.

Unterstützungsfonds für Gewerkschaftsbeamte.

Verband der Tabakarbeiter (Zahlstelle Erfurt): Für die Gewerkschaftsbeamten ist eine Pensionskasse zu gründen.

(Fortsetzung folgt.)

Soziale Rundschau.

— Ueber die Lage des Arbeitsmarktes entnehmen wir der Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt" Folgendes: Die Besserung, die während der Monate Februar und März zu verzeichnen war, hat im April wieder nachgelassen. Die Zunahme der Beschäftigten, die in diesem Monat besonders stark zu sein pflegt, bleibt selbst hinter dem mitten in der Krise befindlichen April des Vorjahres zurück. Während nach den Mitgliedsziffern der Krankenkassen, soweit sie an die Berichterstattung des Arbeitsmarktes angeschlossen sind, im April 1901 eine Zunahme der Beschäftigten um 6,1 Prozent stattfand, betrug die Steigerung in diesem Jahre nur 3,4 Prozent. Allerdings sind in einzelnen Orten die Abweichungen von dem Durchschnitt sehr erheblich. In Chemnitz z. B., wo hauptsächlich das Textilgewerbe durch flotten Geschäftsgang sich auszeichnet, stieg die Zahl der Beschäftigten um nicht weniger als 9,4 Proz., gegen 0,7 im Vorjahre. Dagegen hat auf der anderen Seite Mülhausen i. E., ebenfalls eine Stadt mit starker Textilindustrie, eine absolute Abnahme von 6,6 Proz. zu verzeichnen, während im Vorjahre eine Zunahme von 4,8 Proz. stattfand. Die im Allgemeinen relativ schwache Steigerung der Beschäftigten ist in der Hauptsache auf den für die gegenwärtige Jahreszeit schwachen Beschäftigungsgrad im Bergbau, Eisen- und Baugewerbe zurückzuführen. — In Oberschlesien leidet die Bauthätigkeit und im Zusammenhang damit die Beschäftigung in Zementfabriken, wo in letzter Zeit vielfach Entlassungen stattgefunden haben. — Dasselbe Blatt berichtet über die chemische Industrie: Trotz der Lebhaftigkeit im Handel mit Drogen und Chemikalien ist der Geschäftsgang in der chemischen Industrie noch nicht befriedigend. Ueberproduktion und scharfe Konkurrenz machen sich überall geltend, so daß vielfach an den Geschäftsunkosten, namentlich auch an den Arbeitslöhnen, gespart werden muß. Dies um so mehr, als die Periode der Preisermäßigungen noch nicht abgeschlossen ist und viele wichtige Artikel bisher im Preise schon stark gewichen sind.

— Unternehmerprofite. Die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft vertheilt eine Dividende von 14 Prozent. Die Beschäftigung im laufenden Jahre wird als „ziemlich" bezeichnet. Die Verwaltung hofft trotz der schlechten Zeit den Aktionären ein einigermaßen befriedigendes Resultat in Aussicht stellen zu können, obgleich für das Aufblühen der Industrie noch einige Zeit vergehen wird.

Die Waffenfabrik Mauser hatte im vorigen Jahre einen Reingewinn von 106 581 Mk., Dividende 5 Prozent. — Die Aktiengesellschaft für Glasindustrie, vorm. Siemens, in Dresden beziffert den Reingewinn auf 460 991 Mk. (im Vorjahre 441 508 Mk.). Dividende 18 Prozent. — Die Maschinenfabrik Buckau Akt.-Ges. in Magdeburg berechnet ihren Reingewinn auf 394 793 Mark (434 052 Mk.). Dividende 12 Proz. (14 Proz.). — Butzke u. Ko. erzielten einen Reingewinn von 84 162 Mk. (108 135 Mk.). Dividende 2½ Proz. (3 Proz.). — Die Stettiner Maschinenbau-Gesellschaft „Vulkan" in Stettin vertheilt 14 Prozent Dividende. Wie in dem Jahresbericht mitgetheilt wird, beabsichtigt die Gesellschaft an der Nordsee eine Zweigniederlassung zu errichten, die vornehmlich dem Schiffsbau dienen soll. — Die Chemischen Werke vorm. Albert bei Biebrich verzeichnen einen Reingewinn von 2 383 361 Mark (2 089 994 Mk.). Dividende 13½ Prozent (12½ Prozent).

Die Varziner Papierfabrik zahlt 15 Prozent Dividende aus. Die Konsolidirten Alkaliwerke, Aktiengesellschaft für Bergbau und chemische Industrie zu Westeregeln haben nach Abschreibungen von 1 392 953 Mk. laut Geschäftsbericht pro 1901 einen Reingewinn von 2 141 337 Mk., der die Vertheilung von 17 Prozent Dividende per Aktie und 32,20 Mk. per Genußschein gestattet. Die Steigerung des Gesammtabsatzes des Syndikats entfällt auf die billigen Kalidünge- und Kalirohsalze, während eine Entwickelung des Absatzes bei den werthvollen Fabrikaten unter dem Drucke der wirthschaftlichen Krisis nicht stattfand.

— Eine „Arbeiterorganisation", die durch die Regierung gefördert wird, ist — im deutschen Reiche wenigstens — jedenfalls eine Seltenheit. In Harburg besteht eine „Verbrüderung deutscher Arbeiter". Das Oberpräsidium hat nun diesen Brüdern eine Anzahl Bücher zwecks Gründung einer Vereinsbibliothek überwiesen. — Daß die Regierung einer „Arbeiterorganisation" zu einer Bibliothek verhilft, ist gewiß charakteristisch für diese Organisation. Man kann es aber begreiflich finden, wenn man weiß, daß diese Brüder sich das löbliche Ziel gesteckt haben, der modernen Arbeiterbewegung durch Arbeitswilligkeit und sonstiges ähnlich qualifizirtes Thun entgegen zu arbeiten.

Vom sozialen Kampfplatze.

— In Potsdam haben 254 Maurer am 7. Mai die Arbeit niedergelegt. Ein großer Theil derselben hat auswärts Arbeit gefunden, 61 arbeiten unter den gestellten Bedingungen und 71 Streikende befinden sich noch am Orte. Durch den Streik sind auch Verbandsmitglieder in Mitleidenschaft gezogen. In der Woche vom 7. bis 14. Mai waren es deren 64.

Großen Unwillen erregte es bei den Ausständigen, daß gleich nach dem Ausbruch des Streiks auf dem Neubau der Elektrizitätswerke Feuerwehrleute an Stelle der streikenden Maurer beschäftigt wurden. Eine Deputation der Streikenden ging zum Oberbürgermeister, um ihn zu ersuchen, daß er die Zurückziehung der Feuerwehrleute verfüge. Der Oberbürgermeister fand sich aber nicht dazu bereit. Er erklärte, die Arbeit sei dringend, der Unternehmer wäre deshalb auch von der Versäumnißstrafe entbunden, und als die Deputation den Oberbürgermeister ersuchte, sich doch der berechtigten Interessen der Arbeiter anzunehmen, da sagte der Herr, er vertrete die Interessen der Stadt, und nicht die der Arbeiter. Die Vorstellung beim Oberbürgermeister war also erfolglos. Die Ausständigen haben ihr Anliegen nun der Stadtverordneten-Versammlung in einer Resolution unterbreitet. —

— In Hamburg sind wegen gemeinschaftlichen Betruges die Schlosser Gustav Bernhard Friedrich Franz Borck und Gustav Försterling angeklagt gewesen. Durch die unwahre Angabe, sie seien gemaßregelt, haben sich die Beiden auf dem Verbandsbureau der Metallarbeiter Unterstützungen im Gesammtbetrage von 13,10 Mk. erschwindelt. Sie hatten sich deshalb vor dem Schöffengericht I zu verantworten und werden zu je 20 Mk. Geldstrafe oder je 4 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Ergebnisse der Stichwahlen zum Gewerkschaftskongreß.

Im ersten Wahlkreise haben 23 Zahlstellen in der Stichwahl gewählt. Abgegeben wurden 1186 Stimmen, davon 18 ungiltig. Es erhielten Kollegin Zietz-Hamburg 684 Stimmen, Kollege Müller-Flensburg 484 Stimmen. Gewählt Kollegin Zietz-Hamburg.

Im dritten Wahlkreise haben die Mitglieder von 31 Verbandsorten ihr Wahlrecht ausgeübt. Abgegeben wurden 1551 Stimmen, davon 8 ungiltige. Von den giltigen Stimmen erhielten Kollege Ohlendorf-Braunschweig 1090, Kollege Bergmann-Linden 453. Kollege Ohlendorf-Braunschweig ist gewählt.

Im vierten Wahlkreise nahmen 33 Zahlstellen an der Stichwahl Theil und gaben zusammen 1080 Stimmen ab, wovon 21 ungiltig. Von den giltigen Stimmen erhielten Kollegin Kähler-Dresden 656, Kollege Rößler-Altenburg 403 Stimmen. Kollegin Kähler-Dresden ist somit gewählt.

J. A.:
Aug. Brey.

Korrespondenzen.

Altona. In der Versammlung am 6. Mai referirte Genosse Denge in ausführlicher Weise über die Arbeitslosenunterstützung. Es sei doch etwas Schönes, wenn die Kollegen sagen könnten, so leicht schadet mir die Arbeitslosigkeit nicht, ich erhalte wenigstens einen Nothgroschen. Die Gegner der Unterstützung wendeten ein, daß letztere eine Erhöhung der Beiträge zur Folge habe, höhere Beiträge würden aber eine Anzahl von Mitgliedern zum Austreten veranlassen. Mitglieder, die wegen einer Beitragserhöhung austreten, wird man früher oder später doch verlieren. Wollten die Arbeiter aber warten, bis der Staat die Arbeitslosenunterstützung gewährt, dann können sie lange warten, dieser wird höchstens Nothstandsarbeiten verrichten lassen, wie er das thue, sei ja bekannt. Kollege W. führte aus, daß es nicht so leicht sei, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen; erstens erfordere sie bedeutende Summen, zweitens hätten wir mit Saisonarbeitern vor Allem mit den Landarbeitern zu rechnen, die nicht mehr wie früher das ganze Jahr Beschäftigung fänden. Das periodenweise Arbeiten sei nicht genau zu kontroliren, eine genaue Kontrole müsse aber sein. Kollege On. ist für die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung. Nach der im „Proletarier" angestellten Berechnung sei deren Einführung möglich. — **Dem Streikfonds wurden einstimmig 100 Mark bewilligt.**

Charlottenburg. Die Mitglieder Bernh. Angres, geb. am 5. Dezember 1863, und Julius Koppitz, geb. am 2. Juli 1856, sind ausgeschlossen worden, weil sie sich zu niedrigeren, als den üblichen Stundenlöhnen bei der Firma Zimmermann und Sohn in mehr als auffälliger Weise angeboten haben.

Cöthen. Unsere Mitglieder-Versammlung tagte wie gewöhnlich im Gasthof „Zum goldenen Engel". Die Tagesordnung war folgendermaßen: Bericht von der Gaukonferenz, welche am Sonntag, den 4. Mai, in Zerbst stattfand. Der Delegirte erstattete den Bericht in kurzen Worten und ermahnte die Kollegen, mehr mündlich zu agitiren, weil hier in Cöthen die Mitglieder immer mehr zurückkreten von unserer Organisation. Zum zweiten Punkt wurden ein erster und zweiter Bevollmächtigter in Vorschlag gebracht.

Freiwaldau. Die Abhaltung größerer Versammlungen hat man uns wieder einmal unmöglich gemacht. Nachdem es uns gelungen, ein größeres Lokal zu erhalten, fiel es neuerdings dem Besitzer desselben ein, uns den Stuhl vor die Thüre zu setzen. Warum? Das ist unschwer zu errathen! Die bekannten, so einflußreichen, dabei meist unbemerkbaren Mächte, die Herren von Kapitalsgnaden sind es gewesen, die das Lokal uns abgetrieben. Es wäre ja auch schlimm, wenn wir Arbeiter das gleiche Recht hätten wie Jene und ebenso am Orte zusammenkommen könnten, um unsere Interessen zu berathen, wie die besser situirten oder reichen Gemeindemitglieder es thun. Hoffentlich sorgen all die ortsansässigen Arbeiter dafür, daß die Wirthe, die größere Versammlungslokale besitzen, auch in ihren Kneipen Arbeiter so wenig wie möglich sehen. Die Unternehmer benutzten auch hier den allgemeinen Wirthschaftsniedergang zu Entlassungen. Auch wurden Kollegen entlassen, die der hiesigen Zahlstelle vorstanden. Daß gerade diese Kollegen entlassen wurden, erschien auffällig. Besonders die Schlesische Dachstein- und Falzziegelfabrik that sich in Entlassungen hervor, bei denen man annehmen mußte, daß nicht Befähigung und Leistungen an der Arbeit die Ursache der Entlassung waren sondern ihre Gesinnung und vor Allem ihre Betheiligung an der Organisation. Der Verbandsvorstand in Hannover entschloß sich daher, bei Herrn Sturm vorstellig zu werden und eventuell zu erreichen, daß Entlassungen wegen der Verbandsangehörigkeit unterbleiben. Auf die gemachten brieflichen Darlegungen fand Herr Sturm bis zum heutigen Tage keine Antwort. Sie waren also treffend. Alsdann gingen die Arbeiter der Dachsteinfabrik selbst vor. Bis auf Wenige unterschrieben sie eine Petition, in der sie um Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen einkamen, und außerdem die Aufhebung der letzten Lohnreduzirung forderten. Die Kommission, die den Auftrag hatte, die Gesuche dem Herrn Sturm zu unterbreiten, erhielt den „arbeiterfreundlichen", von sozialer Einsicht geradezu triefenden „geistreichen" Bescheid, sie solle den Kopf ins Wasser stecken, dann würde sie anders denken. So behandelt man in Schlesien Arbeiter, die in den gewähltesten Formen auf freundlichste Weise für Achtung ihrer Rechte, noch nicht einmal Erweiterung derselben eintreten. Darum Kollegen, seid gewarnt, nur dadurch, daß Ihr ohne Ausnahme dem Verbande beitretet, schafft Ihr die Möglichkeit, daß man Eure Forderungen beachten muß, und nicht mit Hohn abthun kann. Da wir bis jetzt noch kein Lokal haben, so werden die Beitragsmarken privatim verabreicht. Diese sind zu haben bei den Kollegen: Richard Schubert, Robert Posselt, Gustav Loisch.

Hamburg-St. Georg. Am 14. Mai tagte unsere Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Hommel. Den Kartellbericht gab Kollege Bahlke in ausführlicher Weise. Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Unser Verbandstag und Stellung von Anträgen zu demselben", ward auf Antrag der Kollegin Zietz bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Als Kandidatin zum Verbandstag ward einstimmig Kollegin Zietz in Vorschlag gebracht. Der 1. Bevollmächtigte berichtete unter lebhaftem Beifall der Versammlung, daß das Ergebniß der Hausagitation die Gewinnung von 60 Mitgliedern gewesen. Nach Pfingsten solle dieselbe fortgesetzt werden. Alsdann brachte Kollegin Zietz den Bericht einer Versammlung der Speicherarbeiter zur Sprache, worin unserem Verbande vorgeworfen wird, daß seine Agitatoren auf Grund der niedrigen Beiträge und sonstiger Versprechungen Mitglieder werben und daß sie selbst (Kollegin Zietz) unter den Lumpensortirerinnen und Säckenäherinnen agitirt habe, nachdem diese soeben dem Speicherarbeiter-Verband beigetreten. Die Folge sei der Uebertritt einiger dieser Arbeiterinnen in den Fabrikarbeiter-Verband gewesen. Kollegin Zietz gab dazu folgende Erklärung ab: 1. Es ist unwahr, daß wir mit dem Hinweis auf unsere angeblich niedrigen Beiträge Mitglieder werben und anderen Verbänden abspenstig machen. Um Mitglieder zu gewinnen, haben wir wirklich andere Agitationsmittel. Zudem haben wir keine niedrigeren Beiträge als die Speicherarbeiter, sondern ungefähr dieselben. (Die Speicherarbeiter zahlen pro Monat 80 Pf., wir wöchentlich 15 Pf., gleich 70 Pf. pro Monat und den Streikbeitrag.) 2. Es sei unwahr, daß sie unter den obengenannten Arbeiterinnen agitirt habe für unseren Verband, nachdem dieselben dem Speicherarbeiter-Verband beigetreten. Sie habe in ihrem Leben überhaupt noch nicht unter den Säckenäherinnen und Lumpensortirerinnen agitirt, also könne sie es auch nicht zu der angegebenen Zeit gethan haben. Das Umgekehrte sei richtig. Eine Anzahl dieser Arbeiterinnen seien früher Mitglieder unseres Verbandes gewesen und nachdem die Hafenarbeiter auch Frauen als Mitglieder aufnahmen, von diesen reklamirt worden und auch übergetreten. Kollegin Zietz bemerkte noch, daß wir wahrlich genug der Agitationsarbeit unter den Unorganisirten hätten, worauf wir lieber unsere ganze Kraft konzentriren sollten, statt uns zu bekämpfen und die Mitglieder abspenstig zu machen, wie es die Speicherarbeiter gethan. Auf Aufforderung des 1. Bevollmächtigten berichtete der Kollege B., der als organisirter Fabrikarbeiter von Dresden nach hier gekommen, auch hier zuerst in der Rothholzfabrik gearbeitet hat und seit einigen Wochen auf dem Speicher arbeitet, über die Sitzung, zu der er von den Speicherarbeitern eingeladen war und in welcher man ihn veranlassen wollte, zum Speicherarbeiter-Verband überzutreten, mit der Begründung, man brauche seine Kraft für die Agitation und als Mitglied unseres Verbandes würde er wahrscheinlich seine dort arbeitenden Kollegen für den Fabrikarbeiter-Verband anstatt für den Speicherarbeiter-Verband zu gewinnen suchen. (Unter den Unorganisirten hat man nicht agitirt.) Kollege B. erklärte, unserem Verbande, für den er so lange gearbeitet, treu bleiben zu wollen. Würde er auf dem Speicher dauernde Beschäftigung finden, trete er außerdem noch dem Speicherarbeiter-Verbande bei. Ein Antrag, den Schriftführer zu beauftragen diese Erklärung in das Protokoll und den Versammlungsbericht aufzunehmen, fand einstimmige Annahme.

Hamburg-Uhlenhorst. Mitglieder-Versammlung am 8. Mai bei Sinning. Genosse Störmer hielt einen Vortrag über: „Der Alkohol und seine Folgen für die Arbeiter." Er führte ungefähr Folgendes aus: Die Erörterung dieses Themas ist schon auf Parteitagen angeregt worden. Was wollen eigentlich die Arbeiter? Sie wollen sich von dem Druck des Kapitalismus befreien und da wir kein Kapital haben, müssen wir uns Bildung verschaffen, um uns auf diesem Wege frei zu machen. Der Alkohol hat sich aber in die Reihen der Arbeiter so sehr eingeschlichen, daß er Tausende von Arbeitern beherrscht und man ihn mit Recht als Herrn betrachten kann. Wie wirkt der Alkohol auf den menschlichen Körper? Der Körper ist gewissermaßen mit einer Fabrik zu vergleichen; ist im Maschinenbetriebe ein Fehler vorhanden, so ist der ganze Betrieb unterbrochen und ebenso wirkt der Alkohol störend auf den menschlichen Körper. Der Genuß von Alkohol hat in dreifacher Hinsicht verheerende Wirkungen auf den Körper: Verschrumpfung, Erweiterung und Verfettung der Körpertheile und diese 3 Theile wirken verderbend auf dieselben. Wir schaffen die höchsten Werthobjekte, mithin müßten wir uns als höchstes Werthobjekt betrachten, und um dies zu können, muß man dafür sorgen, daß der Körper gesund ist. Der Alkohol jedoch schmälert dem Arbeiter die Gesundheit, vermindert seine Arbeitskraft und raubt ihm seine freie Zeit. Diese Zeit, die er dem Alkohol widmet, könnte er zur Erweiterung seines Wissens besser verwenden. Es werden jährlich 3000 Millionen Mark für Alkohol verbraucht. Auch die Streiks würden viel mehr zu unseren Gunsten verlaufen, wenn der Arbeiter dem Alkohol entsagen könnte; und wenn wir diesem Herrn Alkohol den Dienst aufkündigen, können wir als kräftige Arbeiter um so eher unserem Ziele entgegengehen. Hiermit schloß Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Da Niemand gegen diesen Vortrag etwas einzuwenden hatte, wurde in der Tagesordnung fortgefahren. Kollege T. gab Bericht von der letzten Kartellsitzung. Hierauf ward beschlossen, am 1. Juni eine Morgentour nach Kl.-Borstel zu machen. Zur Hilfeleistung wurden 6 Hilfs-Festkomitee-Mitglieder gewählt. Kollege E. ermahnte hierzu, die Worte des Referenten zu beherzigen und der Ergründung des „Geistigen" nicht zu sehr obzulegen. In der Stichwahl zum Gewerkschafts-Kongreß wurde Frau Zietz mit 30 gegen 2 Stimmen gewählt. Hierauf wurde Propaganda gemacht, daß wir in der nächsten Versammlung die Neuwahl zum sechsten Verbandstage vorzunehmen haben, und wurde hierzu bemerkt, daß die Eintheilung der Wahlkreise eine ganz unklare und irreguläre sei. Es wurde daher das Verlangen ausgesprochen, Kollegen Brey davon zu überführen oder beim Ausschuß Beschwerde einzureichen. Zum Schluß beschwerte sich Kollege Z. über die mangelhafte Entnahme von Maimarken und erinnerte an die gefaßten Beschlüsse.

Heilbronn. Um den auf der hiesigen chemischen Fabrik beschäftigten Kollegen Gelegenheit zum Anschluß an den Verband zu geben, hielten wir zwei außerordentliche Versammlungen ab, die sehr gut besucht waren. In beiden Versammlungen referirte Kollege Dietrich über die Ursachen der schlechten Lebenshaltung und Arbeitsverhältnisse der Fabrikarbeiter. Die mit Beifall aufgenommenen Vorträge, die Ergänzungen in der Debatte durch unsere Kollegen erfuhren, hatten zur Folge, daß die Mehrzahl der im genannten Betriebszweig beschäftigten Arbeiter dem Verbande sich anschloß. Die Neugewonnenen werden dem Verbande treue Mitglieder bleiben.

Kassel. In der am 10. Mai im Lokale des Herrn Greiner abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde zunächst die Abrechnung vom 1. Quartal verlesen, welche für richtig befunden wurde. Zum 2. Punkt wurde Bericht vom Kartell gegeben, an welchen sich eine kurze Debatte anschloß. Punkt 3 fand seine Erledigung darin, daß die Kollegen Andreas und Karl Hildebrand auf Grund des § 7 Abs. b des Statuts einstimmig aus dem Verband, da dieselben ein gegen unsere Gewerkschaft ausgegebenes Flugblatt, welches Unwahrheiten und Beleidigungen enthielt, verbreitet haben, ausgeschlossen wurden. Zugleich wurde der Antrag angenommen, die beiden Mitgliedsbücher dem Hauptvorstande zur Erledigung zu überweisen. Als Bezirkskassirer wurde Kollege Grebe gewählt.

Lauenburg a. d. Elbe. Am Sonnabend, den 3. Mai, tagte hier unsere monatliche Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn P. Fischer. Dieselbe war gut besucht. Zum 1. Punkt verlas der zweite Bevollmächtigte die Abrechnung vom 1. Quartal. Auf Antrag der Revisoren wurde demselben Entlastung ertheilt. Den Kartellbericht erstattete Kollege Wickhorst. Derselbe führte aus, daß das Gewerkschaftskartell beschlossen habe, von sämmtlichen dem Kartell unterstellten Gewerkschaften einen Beitrag von à Person 10 Pfg. pro Monat zu erheben. Die Versammlung stimmte dem Beschlusse zu. Mit Befriedigung stellte der 1. Bevollmächtigte fest, daß auch eine Anzahl Verbandsmitglieder die Maifeier durch Ruhenlassen der Arbeit begangen haben.

Meißen. Sonntag, den 11., tagte im Turnhause eine gut besuchte öffentliche Versammlung. Zunächst gab Kollege Herzog ein Bild von der zu errichtenden Auskunftsstelle, den Nutzen derselben besonders hervorhebend. Unsere Organisation würde zu diesem Unternehmen einen jährlichen Beitrag von 73 Mark zu entrichten haben. Eine größere Anzahl der Kollegen betheiligten sich an der Debatte und befürworteten das Unternehmen und verpflichteten sich zugleich, pro Monat eine 10 Pfg.-Marke zu diesem Zwecke zu nehmen. In der vorgenommenen Stichwahl zum Gewerkschaftskongreß wurde Kollegin Kähler-Dresden gewählt. Dann wurde nach längerer Aussprache Kollege Herzog als Delegirter zum Verbandstag gewählt, welcher auch annahm, und versprach, nach bestem Wissen und Gewissen die Interessen des Verbandes zu vertreten. Unter „Gewerkschaftliches" wurde darauf hingewiesen, daß es Pflicht eines jeden Mitgliedes sei, monatlich mindestens eine Streikmarke zu kleben, sonst ginge das betreffende Mitglied seiner Rechte an den Verband verlustig. Dieses mögen die Mitglieder, welche nicht anwesend waren, besonders beherzigen! Kollege Herzog brachte seine Freude über den guten Besuch durch einen kräftigen Appell an die Versammelten zum Ausdruck und schloß mit einem Hoch auf unsern Verband nach 12 Uhr Mittags die Versammlung.

Paunsdorf. Beiträge werden jeden Sonnabend von ½9 Uhr Abends ab im Restaurant Dietze, Teichstraße 9, entgegengenommen.

Preetz. Am Sonntag, den 11. d. Mts., tagte unsere Mitgliederversammlung. Die vom 2. Bevollmächtigten vorgelegte Abrechnung wurde für richtig befunden und genehmigt. Weiter wurde Kollege Fahrenkrog von unserer Zahlstelle für den 52. Wahlkreis als Delegirter für den Verbandstag nach Offenbach in Vorschlag gebracht.

Rothenburgsort. In der Mitgliederversammlung, die am 21. Mai tagte, wurde die Stichwahl zwischen der Kollegin Frau Zietz-Hamburg und dem Kollegen Müller-Flensburg vorgenommen. Abgegeben wurden 45 Stimmen, davon erhielten Frau Zietz 31 und Müller 12 Stimmen. 2 Stimmen waren ungiltig. Zum 2. Punkt der Tagesordnung wurden verschiedene Anträge zum diesjährigen Verbandstage gestellt von den Bevollmächtigten, vom Kollegen Rosengurt und vom Kollegen Zorn, worüber eine längere Diskussion stattfand, die in der nächsten Versammlung fortgesetzt werden soll. Darnach wurden der Kollege Schwarze als Verbandstags-Delegirter und der Kollege Niemann als Stellvertreter gewählt. Ferner wurden Kröger als Hilfskassirer und Reinicke als Reserve-Hilfskassirer gewählt. Hierauf wurde ein vom 29. April datirter Versammlungsbericht der Speicherarbeiter verlesen, worin die Agitatoren unseres Verbandes beschuldigt wurden, durch allerlei Versprechungen und unter Hinweis auf die niedrigen Beiträge es versucht zu haben, die kaum von ihnen gewonnenen Mitglieder wieder abzutreiben und in unseren Verband herüber zu lootsen. Die Versammlung protestirte mit aller Entschiedenheit gegen solche Anschuldigungen und erachtete es nicht bloß als einen Angriff gegen die Kollegin Frau Zietz, sondern gegen die gesammte Organisation. Darnach machte der Kollege Niemann bekannt, daß nach Beschluß der letzten Versammlung ein Vortrag hätte stattfinden müssen, sei aber wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung zur heutigen Versammlung verschoben und würde zu der am 23. Juni stattfindenden Versammlung mit auf die Tagesordnung gesetzt. Nachdem noch das Andenken des am Reiherstieg verunglückten Kollegen Cords in üblicher Weise geehrt worden war, schloß der erste Bevollmächtigte die schwach besuchte Versammlung.

Schiffbek. Eine stark besuchte Extra-Mitgliederversammlung beschäftigte sich am Dienstag, den 13. Mai, mit der von der Direktion der Jute-Fabrik angekündigten Lohndrückerei. Die von der vorigen Versammlung beauftragte Kommission erstattete Bericht über die Verhandlung mit Direktor Meyer. Alle Vorstellungen, die Lohnherabsetzung nicht vorzunehmen, hätte nichts genützt, wie ja auch nicht anders zu erwarten stand. Herr Direktor Meyer habe erklärt, die Löhne seien hier im Norden so hoch (!), daß mit anderen Fabriken nicht konkurrirt werden könne. Die Aktionäre, so fügte Herr M. weiter hinzu, wären in den letzten beiden Jahren mit leeren Händen ausgegangen. Demgegenüber habe die Kommission bemerkt, daß die Arbeiterschaft auch in der guten Konjunktur nichts hätte erübrigen können, worauf Herr M. behauptet habe, daß die Löhne um 40 Prozent gestiegen seien. (Gelächter.) Die Direktoren verdienten auch weniger als früher, denn die Tantiemen seien in Fortfall gekommen. Der Kommission sei noch der Trost mit auf den Weg gegeben worden, daß die Prämie von 5 Prozent wieder gezahlt werden solle, wenn die Fabrik im Stande sein werde, ihren Aktionären 4 Prozent Dividende zu zahlen. Es sei dann noch gesagt worden, daß, wenn ein Streik ausbräche, die Löhne weiter reduzirt werden sollten. Die Direktion rechne also von vornherein mit einer Niederlage der Arbeiter. Der Gauvorsitzende Borgers wies in längeren Ausführungen auf die in der Textilindustrie herrschende Krise und auf die schlechten Organisationsverhältnisse der Arbeiterschaft der Schiffbeker Jutefabrik hin. Von etwa 1500 Arbeitern und Arbeiterinnen seien nur 300 organisirt, eine Zahl, mit der nichts anzufangen sei. In Anbetracht der schlechten Konjunktur müsse jetzt davon Abstand genommen werden, in eine Aktion einzutreten. Es sei das ja in Anbetracht der miserablen Lage der Arbeiter äußerst hart, lasse sich aber nicht ändern. Er könne der Arbeiterschaft nur rathen, den alten Schlendrian abzulegen und für den Ausbau der Organisation Sorge zu tragen, dann werde sie in Zukunft derartigen Lohndrückereien begegnen können. Wenn die Direktion behaupte, die Löhne seien in Schiffbek höher als anderswo, so sei das durchaus nicht zutreffend. Hier sei noch die Nähe der Großstadt in Betracht zu ziehen, welche bedinge, daß hier Alles theurer sei als in anderen Orten, wo trotzdem noch bedeutend höhere Löhne gezahlt würden. Redner ersuchte um die Annahme folgender Resolution: „Die Versammlung verurtheilt die angekündigte Lohnreduktion auf das Schärfste, nimmt aber in Folge der schlechten Organisationsverhältnisse Abstand von einer Arbeitseinstellung, verspricht aber, mit allen Mitteln die Organisation auszubauen, um dadurch später die Lohnreduktion durch eine Lohnbewegung wett zu machen." Ein Redner wies darauf hin, daß bei der letzten Lohnbewegung (1897) beinahe 700 Jutearbeiter und -Arbeiterinnen der Organisation angehört, von denen über die Hälfte ausgetreten sei, als sie den Erfolg errungen hatten. Jetzt könne weiter nichts gethan werden, als im Sinne des Referenten zu handeln. Ein anderer Redner führte aus, daß man dem Direktor Meyer nahegelegt habe, die Arbeitszeit zu verkürzen, ohne die Löhne zu kürzen, worauf der Herr entgegnete, daß die Fabrik dann nicht konkurrenzfähig sei. Die Herren wollen also lange Arbeitszeit bei niedrigen Löhnen. Eine Arbeitseinstellung sei aussichtslos, weil in den Schuppen statt Rohmaterial fertige Waare lagert. Mit allen gegen 10 Stimmen wurde hierauf die Resolution angenommen. — Nun werden die wegen ihrer Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen zum Theil dekorirten Herren Direktoren wohl bald wieder zu ihren Tantiemen kommen. — Trotz vorstehender Beschlüsse legten am Donnerstag, den 15. Mai, an dem Tage, an welchem die Lohnreduktion in Kraft trat, an 1000 Personen die Arbeit nieder. Unsererseits wurden abermals Verhandlungen angebahnt. Der Kommission der Arbeiter gesellte sich der Ortsvorsteher hinzu. Aber der Herr Direktor blieb unerbittlich. Am Sonnabend wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Es bleibt den Kolleginnen und Kollegen nichts Anderes übrig, als sich zu organisiren, damit sie zu gegebener Zeit die 5 Prozent zurückfordern können.

Allem Anschein nach waren noch weitere Abzüge geplant, denn der Herr Direktor fühlte sich in Gegenwart des Amtsvorstehers veranlaßt, der Kommission gegenüber die Erklärung abzugeben, daß keine weiteren Abzüge vorgenommen werden sollen. Die jetzt in Fortfall kommende Prämie von 5 Prozent, so fügte er hinzu, solle wieder gewährt werden, sobald für die Aktionäre eine Dividende von 4 Prozent herausspringen werde. — Am andern Tage, Sonnabend, wurde die Arbeit wieder in vollem Umfange aufgenommen. Zähneknirschend begaben sich die Männer, die Frauen und Mädchen, zum Theil weinend, zum Theil in slawischer Zunge Verwünschungen ausstoßend, die Bezug hatten auf ihre elende Lage, an die Arbeitsplätze, um weiter zu arbeiten und zu hungern, bis sich der vom Direktor Meyer angedeutete Dividendensegen über die Herren Aktionäre ergießen wird.

Stellingen-Langenfelde. Eine Arbeitseinstellung erfolgte am 9. Mai Mittags auf der Chemischen Fabrik von Oswaldowsky in Eidelstedt. Die Ursache war die plötzliche Entlassung des Kollegen N. Die Kollegen versuchten des Abends, die Angelegenheit auf gütlichem Wege zu regeln, was jedoch scheiterte. Am Sonnabend Morgen wurde durch eine Unterhandlung seitens des 1. Bevollmächtigten Kollegen Voß, sowie eines dort beschäftigten Kollegen mit dem Fabrikanten die Sache dahin geregelt, daß am Sonnabend Mittag die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte und der Fabrikant eine Untersuchung und Beseitigung der Mißstände versprach, auch sämmtliche Arbeiter (mit Ausnahme des N., welcher auf Wiedereinstellung verzichtete) wieder eingestellt werden sollten. Bei Aufnahme der Arbeit wurde zwei Arbeitern gegenüber erklärt, daß für sie keine Arbeit da sei! Da nun aber alle Betheiligten Familienväter sind und die Beiden auf Arbeit verzichteten, wurde trotzdem die Arbeit aufgenommen. Die am

Sonntag bei Bisping in Stellingen tagende Mitgliederversammlung nahm zu der Angelegenheit Stellung, und stellte es sich nach dem Bericht des Bevollmächtigten heraus, daß die Arbeiter etwas übereilt gehandelt und die hauptsächlichsten streitigen Punkte schon seit Februar bestanden, wovon aber den Bevollmächtigten keine Mittheilung gemacht worden ist. Scharf kritisirt wurde das Verhalten des Meisters W. Den Arbeitern wurde versprochen, daß sie die Zwischenpausen während der Füllung und Entleerung der Apparate, welchen giftige Dünste entströmen, im Freien verweilen dürfen, während W. die Arbeiter anderweitig beschäftigte; auch sollten sie für die ausfallende Mittagspause, weil der Betrieb ununterbrochen ist, vergütet haben, was auch nicht geschah. Auch die Ueberarbeit der Tagschicht wurde nicht vergütet. Die Versammlung beschloß, von einer weiteren Aktion vorläufig Abstand zu nehmen, da der Fabrikant versprochen, eine geregelte Mittagspause durch Mehreinstellung von Arbeitern herbeizuführen und die Ueberarbeit zu bezahlen. Die Angelegenheit, betreffend die Beschäftigung während der Pausen bei Füllung und Entleerung der Apparate wurde dem Fabrikinspektor überwiesen.

Wandsbek. Am 15. Mai tagte bei A. Behn unsere Mitgliederversammlung. Ueber die Arbeitslosenunterstützung sollte Genosse Große referiren, der indeß am Erscheinen verhindert war. Es wurde dann die Stichwahl zum Gewerkschaftskongreß vorgenommen. Kollegin Zietz erhielt von den 307 abgegebenen Stimmen 287. — Es wird mitgetheilt vom ersten Bevollmächtigten, daß die am ersten Mai gemaßregelten Kammer und die bei dem Streik auf dem bürgerlichen Brauhaus Betheiligten Unterstützung erhalten. Als Delegirter zum Verbandstag wurde der Kollege Bruhns mit 206 Stimmen gewählt.

Wedel. Sonntag, den 4. Mai, Nachmittags 4 Uhr, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Nach Vorlegung der Abrechnung hielt ein Kollege aus Hamburg einen Vortrag in deutscher und polnischer Sprache. Dann kam ein 2. Bevollmächtigter in Vorschlag. Für einen kranken Kollegen kamen 7,75 Mk. zusammen.

Weißenfels. In der am 17. Mai stattgefundenen Versammlung wurde die Stichwahl zum Gewerkschaftskongreß vorgenommen. Die Versammlungsbesucher entschieden sich für Frau Kähler. Als Kandidat zum Verbandstage in Offenbach wurde Kollege Mündel aufgestellt, und die Wahl selbst bis zu einer späteren Versammlung vertagt. Zur Gaukonferenz in Bitterfeld wurde der Kollege Mündel gewählt. Eine Beschlußfassung über das Stiftungsfest wurde ausgesetzt. In der Entlassung des Kollegen Schmidt wurde eine Maßregelung erblickt.

Werder. (Generalversammlung vom 24. Mai.) Den Hauptpunkt bildete die Delegirtenwahl zum Verbandstage; es wurde Kollege Schugart mit 102 Stimmen gewählt. Im Falle einer Verhinderung wurde Kollege Karl Schwericke mit 90 Stimmen als Vertreter gewählt. Ueber eine Lohnforderung entspann sich eine sehr lebhafte Debatte. Sodann wurde ein Brief vom Verbandsvorsitzenden verlesen. Vom Vorstande der Zahlstelle wurde gewarnt, Schritte zu thun, die uns schädigen. Hierauf wurde beschlossen, daß die Kollegen auf der Borgmann'schen Ziegelei die Forderung von 10 Pf. mehr für das Tausend Steine am Montag stellen sollen. Wird die Forderung abgelehnt, so erfolgt die Niederlegung der Arbeit am 9. Juni. Jeder arbeitende Kollege hat dann pro Woche 50 Pf. Unterstützung zu zahlen. Die streikenden Kollegen erhalten die erste Woche pro Tag 2 Mk. Dieser Beschluß soll dem Hauptvorstande mitgetheilt werden. Die Lohnkommission soll sofort mit dem Vertreter der Ziegelei verhandeln.

Wolfenbüttel. Am Sonntag, den 27. April, tagte im Lokale des Gastwirths K. Fricke („Blauer Engel") eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung, welche mäßig besucht war. Es kam zu einer eingehenden Debatte über die hiesigen Gefangenenarbeiten. In einem hiesigen Kalkwerk, wo Gefangene und freie Arbeiter beschäftigt werden, müssen die freien Arbeiter im Winter bei Frostwetter aussetzen, die Gefangenen arbeiten jedoch Tag für Tag. Eine Veröffentlichung dieser Sache im Braunschweiger „Volksfreund" hatte zur Folge, daß einige Arbeiter sofort entlassen wurden. Auf diesem Werke sind leider nur einige Kollegen organisirt. Vor Jahren schon wurde eine Deputation an das herzogliche Ministerium gesandt, die einen Erfolg insoweit erzielte, daß nur noch Trupps von wenigstens 10 Gefangenen aus der Strafanstalt zu erhalten sind. Dieses hat wieder für die hiesigen Handelsgärtner einen großen Vortheil. Diese warten im Frühjahr einen günstigen Tag ab, holen sich eine Kolonne Gefangene und bekommen nun in einem Tage und für wenig Geld ihren ganzen Garten umgegraben. Es wird Zeit, daß hier Remedur geschaffen wird, da es mit der Arbeit so schlecht steht. Traurige Verhältnisse herrschen auf einer hiesigen Ziegelei. Hier sind galizische Arbeiter beschäftigt. Dieselben sollen trotz ihres geringen Lohnes, 23 Pfg. pro Stunde gegen 25 Pfg., welche die hiesigen daselbst beschäftigten Arbeiter erhalten, auch noch Schläge bekommen. Leider sind die galizischen Arbeiter für unsere Organisation nicht zu haben. Mit einer Aufforderung, in der Agitation für unseren Verband nicht zu erlahmen, schloß der erste Bevollmächtigte die Versammlung.

Bericht der Konferenz des Gaues 4 (Anhalt).

Die Konferenz tagte am 4. Mai d. J. im Fechland'schen Lokale in Zerbst. Der Gauvorsitzende Pritzel-Dessau begrüßt die erschienenen Delegirten und bittet um sachliche und eingehende Verhandlung. Als Leiter der Konferenz wurde Kollege Hölzke-Calbe, als Schriftführer Kollege Voigt-Bernburg gewählt. Vertreten waren 12 Zahlstellen mit 24 Delegirten und zwar: Dessau 4, Großkühnau 2, Roßlau 1, Roguhn 1, Jeßnitz 1, Köthen 1, Bernburg 3, Nienburg 3, Calbe 3, Aken 1, Zerbst 3, Borby 1. Die Zahlstellen Zonitz und Aderstedt sind nicht vertreten und Dohndorf hat sich entschuldigt. Der Bericht des Gauvorsitzenden ergiebt, daß zwei neue Zahlstellen gegründet wurden, und zwar Aderstedt und Zonitz. Dagegen ist Harzgerode verloren gegangen in Folge schlechter Leitung am Orte. Vorstandssitzungen haben 12 stattgefunden. Agitations-Versammlungen wurden insgesammt 14 abgehalten und zwar in [illegible], Köthen, Bernburg, Roßlau, Coswig, Zerbst, Borby, Aken, [illegible], Calbe, Roguhn, Jeßnitz, Aderstedt und Zonitz, welche aber alle nicht gut besucht waren. Dann brachte der [illegible] den Kassenbericht. Dieser ergab eine Einnahme von [illegible] Mk. und eine Ausgabe von 374,62 Mk., mithin bleibt ein Bestand von 51,43 Mk. Es entspinnt sich eine rege Debatte über obige Berichte. Zum 2. Punkt, Bericht der Delegirten, wurden Klagen vorgebracht, daß in vielen Zahlstellen [illegible] zu verzeichnen ist, es kommt dies durch die jetzt [illegible] und den Indifferentismus an [illegible]. Auch die Arbeitgeber versuchen in der Zeit [illegible] Organisation so viel wie möglich Abbruch zu thun. [illegible] den einzelnen Orten eine Zunahme unserer [illegible] zu verzeichnen. Unter Punkt 3, „Agitation", [illegible] die Gaukonferenz wolle [illegible] Zahlstellen Agitationskomitees zu [illegible] zu haben. Es wurde über diesen [illegible], doch wird er abgelehnt. Ueber die [illegible] entspinnt sich eine rege Debatte [illegible] folgenden Antrag: Die [illegible] Gaukonferenz erblickt auf dem [illegible] die Agitationskosten [illegible] nicht [illegible] Verband zu haben, und ersucht die [illegible] die Agitation

---

zu betreiben. Auf Antrag der Zahlstelle Dessau nahm die Konferenz zur Arbeitslosenunterstützung Stellung. Nach eingehendem Für und Wider wurde folgender Antrag angenommen: Die Konferenz sympathisirt mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung, stellt es aber dem Verbandstag anheim, darüber zu beschließen. Als Ort, an welchem der Gauvorstand seinen Sitz hat, wird Dessau wiedergewählt. Die nächste Gaukonferenz findet in Nienburg statt. Der Vorsitzende schloß mit einem Appell an die Delegirten, in diesem Jahre rastlos für unseren Verband zu agitiren, die Konferenz.

Empfohlene Kandidaturen zum Verbandstage.

Ernst Großmann, Hildesheim, für den 3. Wahlkreis.
B. Ablung, Mainz, für den 34. Wahlkreis.
Karl Metze, Barel.

Verlorene und für ungiltig erklärte Bücher

S. III. 12372. Christian Juhls, geb. den 14. Oktober 1874, ausgestellt in Elmshorn am 1. Juli 1901.

Neue Adressen und Adressen-Aenderungen.

Gau IV. Gustav Heinrich, Vorsitzender, Dessau, Kochstedterstraße 11. Filz, Kassirer, Sandstraße 5, pt.
Borby. A. H. Teuber, g. Büschel, Eckernförde, Mühlenstraße 52.
Cöthen. Max Lisiewitz, Neustadt 9.
Essen. Anton Kohlbrecher, Grabenstraße 29.
Hildesheim. Ernst Großmann, Alte Markt 46.
Langenberg (Reuß). Herm. Graul, Leipzigerstraße 20.
Mügeln. Ed. Proske, Heidenau, Dresdnerstraße 18.
München (Gau 12). Hans Neundlinger, Ganghoferstraße 27, I. Kassirer: Jos. Steiner, Landsbergerstraße 117, II.
München. Reisegeschenk bei Ernst Rothhaas, Weißenburgerstraße Nr. 4, 4. Stock.
Parey. Vertrauensmann Ad. Kollert.
Stade. Karl Lübbe, Fluthstraße 202.

Erloschene Zahlstellen.

Regensburg, Wunsiedel, Keuschberg, Götz.

Quittung.

Es werden nur die Gesammtbeträge quittirt, eine Spezialisirung derselben erfolgt an dieser Stelle nicht mehr.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 14. Mai folgende Beträge ein:

Waltershausen 47,43. Danzig 35,—. Strelitz 31,70. Alfeld 2,20. Broitzem 60,66. Freising 19,75. Barmstedt 25,34. Essen 23,44. Preetz 109,91. Hamm 100,—. Steinseiffen 6,80. Cannstatt 131,25. Schlutup 98,40. Egeln 44,50. Malente 20,30. Götz 12,70. Pölitz 24,43. Preetz 10,—. Braunschweig 8,65. Weißenfels 5,—. Aderstedt 3,—. Altona 100,—. Hainstadt 56,45. Göppingen 87,68. Barel 33,13. Roitzsch 15,75. Hannover N.-O. 15,70. Hannover N.-O. 7,50. Schönebeck 4,—. Ulm 2,—. Hof 2,—. Mühlenbeck 58,75. Kl.-Krotzenburg 35,20. Lüneburg 59,05. Marienborn 44,50.

Schluß: Dienstag, den 27. Mai, Mittags 12 Uhr.

Briefkasten.

Anläßlich der Wahlen zum Gewerkschafts-Kongreß sind uns wiederholt ausgefüllte Protokolle als „Drucksache" gesandt worden, wir durften dann, weil es Geschäftspapiere waren, die wie jeder einfache Brief mit 10 Pf. frankirt sein müssen, jedesmal 15 Pf. Strafporto berappen, sodaß die Post 18 Pf. Porto bekam. Die ausgefüllten Protokolle zu den Delegirtenwahlen zum Verbandstage sind als Brief zu frankiren, nur unausgefüllt waren sie Drucksachen.

K. A. G. Z. Es handelt sich um Invaliden.

Gruß. A. B.

Sterbetafel.

S. II. 1121. Johann Steinhardt, geb. am 16. März 1869, eingetreten am 29. Mai 1897, gest. am 8. Mai 1902 in Hannover.

62294. H. Heitmann, geb. am 7. Dezember 1880, eingetreten am 24. September 1899, gest. am 10. Mai 1902 in Harburg.

32708. Friedrich Müller, geb. am 15. Februar 1868, eingetreten am 1. April 1898, gest. am 9. Mai 1902 in Harburg.

S. II. 44204. Franz Radtke, geb. am 2. Mai 1867, gest. am 21. Mai 1902 in Wilhelmsburg.

S. II. 59010. Leopold Hoffmann, geb. am 1. August 1846, eingetreten am 18. September 1899, gest. am 27. April 1902 in Roßlau.

Inserate.

Zahlstelle Linden.

Unsere nächste

Mitglieder-Versammlung

findet **Montag, den 2. Juni, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Engelke,** Victoriastraße, statt.

Tagesordnung:

1. **Vortrag des Arbeitersekretärs Leinert über: „Die gewerkschaftliche Arbeitslosen-Unterstützung".**
2. Diskussion.
3. Stellungnahme zu unserem Verbandstage.
4. Verschiedenes.

Kollegen! Es darf wohl erwartet werden, daß diese Versammlung mindestens ebenso besucht wird, als die beiden zuletzt bei Engelke abgehaltenen Versammlungen besucht waren.

3,75 Mk.] Die Bevollmächtigten.

NB. Die Mitglieder, welche aus der Bibliothek der Zahlstelle Bücher im Besitz haben, werden dringend ersucht, dieselben mit zur Versammlung zu bringen. Behufs Reorganisation des Bibliothekwesens müssen sämmtliche Bücher erst eingezogen werden, bevor neue ausgegeben werden können.

Zahlstelle Barmbeck.

Die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen finden statt am zweiten Mittwoch eines jeden Monats im Lokale des Herrn Max Klupp, Diedrichstraße 19.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Jedes Mitglied ist eingeladen und berechtigt, Anträge zu stellen.

1,35 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Hechtsheim.

Unser Vereinslokal befindet sich bei Johann Paul, Gasthaus „Zum Engel". [60 Pf.

Zahlstelle Jatznick. [75 Pf.

Die Mitglieder unserer Zahlstelle werden gebeten, ihre Beiträge beim 2. Bevollmächtigten Karl Müller zu entrichten, woselbst auch das Reisegeschenk ausbezahlt wird.

Zahlstelle Ilmenau.

Sonnabend, den 7. Juni, Abends 8½ Uhr: Mitglieder-Versammlung im „Erbprinzen". Tagesordnung: 1. Wahlen der Bevollmächtigten. 2. Wahl eines Delegirten zum Gewerkschafts-Kartell. 3. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

1,35 Mk.] Der Vertrauensmann.

Zahlstelle Naumburg a. S.

Unsere nächste Mitglieder-Versammlung findet Sonntag, den 8. Juni, Abends 8 Uhr, statt.

Tagesordnung: 1. Arbeitslosigkeit und Arbeitslosen-Unterstützung. 2. Anträge an den Verbandstag. 3. Bericht von der Gau-Konferenz. 4. Verschiedenes.

1,20 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Oranienburg.

Unsere nächste Mitglieder-Versammlung wird am 8. Juni, Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Dietrichs (Herberge), Mühlenstraße 15, abgehalten. Die künftigen Monate jeden zweiten Sonntag Mitglieder-Versammlung bei Herrn Dietrichs.

Den reisenden Kollegen zur Kenntniß, daß die Reise-Unterstützung auf der Herberge ausgezahlt wird.

1,50 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Podejuch.

Unsere Mitglieder-Versammlung findet am Sonntag, den 8. Juni, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hufnagel, Friedensburg, statt.

Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.

Reisegeschenk wird beim Kollegen Engel, Bahnstraße 53, ausbezahlt.

1,50 Mk.] Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Stettin.

Sonntag, den 1. Juni, Nachmittags 4 Uhr: General-Versammlung bei C. Schmidt, Barnimstraße 95. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Wahl eines Delegirten zum diesjährigen Verbandstag und Anträge zu demselben.

Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen. [1,05 Mk.

Zahlstelle Velten.

Sonnabend, den 31. Mai, findet im Lokale des Herrn A. Paris unsere Versammlung statt.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder nothwendig.

1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Barmbeck.

Sonntag, den 22. Juni 1902:

diesjährige Morgentour

mit 2 Musikkapellen und Banner nach dem direkt an der Alster belegenen großen Garten-Etablissement Billerhude. Daselbst Belustigungen aller Art.

Die Kollegen der angrenzenden Zahlstellen sind hierzu freundlichst eingeladen. [1,65 Mk.

Abmarsch: Morgens 5½ Uhr. Das Fest-Komitee.

Zahlstelle Bergedorf.

Der Gesang- und Musikverein „Nie verzagt" feiert am 8. Juni sein

10jähriges Bestehen.

Die Kollegen sind ersucht, recht zahlreich daran theilzunehmen. Aufstellung des Festzuges bei der Post um 1 Uhr Mittags.

1,50 Mk.] J. A.: Die Bevollmächtigten.

Achtung! Achtung!

Zahlstelle Charlottenburg.

Sonntag, den 15. Juni 1902, in den Gesammträumen des neuen Volkshauses, Rosinenstraße 3:

3. Stiftungsfest,

bestehend in Konzert und humoristischen Vorträgen, Festrede, gehalten von dem Reichstagsabgeordneten Genossen Fritz Zubeil, Kinderfackelpolonaise (Stocklaternen für jedes Kind gratis).

Eintrittspreis 25 Pf. Herren, welche am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. [2,55 Mk.

Anfang des Konzerts 4 Uhr.

Zahlreichen Besuch erwartet Das Komitee.

Die Kollegen von den Zahlstellen des Gaues 8 der Provinz Brandenburg sind hierzu ganz besonders eingeladen.

Zahlstelle Nienburg (Saale).

Sonntag, den 8. Juni, Abends von 7—12 Uhr:

Stiftungsfest

im Gasthof „Zur grünen Tanne".

Die Kollegen von Calbe sind herzlich eingeladen.

Das Komitee.

Unsere Mitglieder-Versammlungen tagen jeden letzten Sonntag im Monat. [1,65 Mk.

Ihrem Kollegen

Paul Hörnigk und seiner lieben Braut Amalie Schmidt

bieten zu ihrer Hochzeit Glückwunsch und Gruß

75 Pf.] Die Mitglieder der Zahlstelle Augsburg.

Unserem Kollegen

Hermann Brösicke

zu seiner am 25. Mai stattgefundenen Vermählung mit Fräulein Marie Rettig die besten Glückwünsche.

90 Pf.] Die Kollegen der Zahlstelle Cöthen.

Ihrem Kollegen

Martin Kiefel und seiner werthen Braut

zu ihrer am 31. d. Mts. stattfindenden Hochzeit senden die besten Glückwünsche

90 Pf.] Die Kollegen der Zahlstelle Potsdam.

Ihrem Kollegen

Joh. Bartels nebst Frau

zu ihrer am 27. Mai d. J. stattfindenden silbernen Hochzeit sendet die besten Glückwünsche

90 Pf.] Die Mitgliedschaft Barel.

Verantwortlicher Redakteur: August Brey, Hannover. Verlag von E. Lohrberg, Hannover. Druck von Dörnke & Löbke, Hannover.